

Medienmitteilung

Besorgniserregende Betriebsschliessungen und Stellenabbau in der Ostschweizer Industrie

In den letzten Wochen wurden in der Ostschweizer Industrie Stellenabbaupläne angekündigt, die bereits mindestens 1'000 Arbeitsplätze betreffen – und es gibt deutliche Anzeichen, dass die Zahl noch weiter steigen wird. Die Kantonalen Gewerkschaftsbünde St.Gallen und Thurgau sind zutiefst besorgt über diese Entwicklung. Betroffen sind unter anderem namhafte Unternehmen wie SFS Group, Leica Geosystems, Bernina International (und weitere).

Der Gewerkschaftsbund fordert die betroffenen Unternehmen auf, Alternativen zum Stellenabbau zu prüfen – etwa durch Umschulung, interne Umstrukturierungen oder Investitionen in neue Technologien. Gleichzeitig stellt sich die Frage, welche Möglichkeiten die Kantone haben, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken und Arbeitsplätze in der Ostschweiz zu sichern. Denkbar sind unter anderem Unterstützung bei Innovation und Transformation sowie gezielte Förderprogramme für Weiterbildung. Die Gewerkschaftsbünde in den Kantonen Thurgau und St.Gallen fordern die Regierungen auf konkret zu handeln.

Dass die Kurzarbeitsentschädigung ab 1. November auf 24 Monate ausgedehnt wird, begrüssen die Gewerkschaftsbünde sehr, so können vorübergehende Nachfrageschwächen überbrückt werden. Entlassungen sind für die Betroffenen fatal und sollen wann immer möglich verhindert werden.

Die Kantone St.Gallen und Thurgau müssen sicherstellen, dass die gesetzlichen Bestimmungen zu den Sozialplänen eingehalten werden. Die Kantone müssen sich für eine rasche Wiedereingliederung, der Arbeitnehmenden, in den Arbeitsmarkt einzusetzen. Es braucht jetzt eine Reaktion der kantonalen Ämter, damit in den RAV's und den Arbeitslosenkassen rechtzeitig genügend Ressourcen zur Verfügung stehen.

St.Gallen/Frauenfeld, 30. Oktober 2025

Auskünfte: Florian Kobler, Präsident St.Gallen, Tel. 078 749 56 82
Lukas Auer, Präsident Thurgau, Tel. 078 955 51 68